

XIV. Die Beziehung der Abteilung zur deutschen Presse

1. Das System der Presselenkung

Die rechtliche Grundlage der nationalsozialistischen Presselenkung¹ bildete das „Schriftleitergesetz“² vom 4. Oktober 1933. Indem hier die Tätigkeit der Journalisten zur „öffentlichen Aufgabe“ (§ 1) erklärt wurde, schuf sich der totalitäre Staat eine legale Basis für eine umfassende Reglementierung und Kontrolle dieses Berufsstandes. Die Disziplinierung der „Schriftleiter“ wurde vor allem sichergestellt durch die Einführung einer Zwangsmitgliedschaft im gleichgeschalteten „Reichsverband der deutschen Presse“, der durch die Führung einer Berufsliste über die Zulassung zum Metier entscheiden konnte, sowie durch die Errichtung einer Berufsgerechtsbarkeit, deren Sanktionsmöglichkeiten bis zur Streichung von der „Schriftleiterliste“ reichten.

Eingeschnürt in diese rechtliche „Zwangsjacke“ wurde der Presse durch ein Anweisungs- und Kontrollsystem die Durchführung ihrer Berichterstattung bis ins Detail vorgeschrieben. Kernstück der Presselenkung bildete die täglich gegen Mittag im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda abgehaltene Pressekonferenz³ – ursprünglich eine durch die Pressevertreter selbst organisierte Informationsveranstaltung, nun ein Instrument der staatlichen Propaganda, eine Art publizistischer Befehlsausgabe. Auf der Pressekonferenz wurden zunächst durch einen Sprecher des „Promi“ der Presse Anweisungen erteilt, sodann durch Vertreter anderer Ressorts er-

¹ Zur NS-Presselenkung siehe: Karl-Dietrich Abel, *Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit*, Berlin 1968; Jürgen Hagemann, *Die Presselenkung im Dritten Reich*, Bonn 1970; Boelcke, *Kriegspropaganda*, S. 144–152 sowie die älteren Arbeiten: Verlag Archiv und Kartei (Hrsg.), *Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts*, Berlin 1948; Walter Hagemann, *Publizistik im Dritten Reich*, Hamburg 1948. Unter den Arbeiten Beteiligter und Betroffener sind vor allem zu nennen: Margret Boveri, *Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler*, Olten/Freiburg 1965; Fritz Sänger, *Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933–39*, Wien 1975; ders., *Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten*, Bonn 1978; Karl Silex, *Mit Kommentar. Lebensbericht eines Journalisten*, Frankfurt a.M. 1968; Werner Stephan, Joseph Goebbels. *Dämon einer Diktatur*, Stuttgart 1949; Helmut Sündermann, *Tagesparolen. Deutsche Presseweisungen 1939–1945. Hitlers Propaganda und Kriegsführung*, a. d. Nachlaß hrsgg. v. Gert Sudholt, Leoni a. Starnberger See 1973.

² RGBl 1933 I, S. 713–717; vgl. auch Hans Schmidt-Leonhardt/Peter Gast, *Das Schriftleitergesetz v. 4. 10. 33 nebst den einschlägigen Bestimmungen*, Berlin 1934.

³ Abel, a. a. O., S. 38 ff.; J. Hagemann, a. a. O., S. 32 ff. Daneben fand wöchentlich eine eigene Zeitschriften-Pressekonferenz statt: Elke Fröhlich, *Die kulturpolitische Pressekonferenz des Reichspropagandaministeriums*, in: VfZ 22 (1974), S. 347–381.

gänzende „Sprachregelungen“ abgegeben und schließlich die vorliegende Berichterstattung einer Kritik unterzogen. Nach der Pressekonferenz wurde ein Teil der Journalisten noch zu einer sogenannten „Nachkonferenz“ oder „Nachbörse“ herangezogen, auf der der Sprecher des Propagandaministeriums weitergehende, in der Regel nicht zur Veröffentlichung bestimmte Informationen gab.⁴

Die auf der Konferenz gegebenen Anweisungen wurden sodann an die in Berlin nicht vertretene Provinzpresse im Lande verteilt. Die Tagesparole ging über die Außenstellen des „Promi“, die Reichspropagandaämter, an die Redaktionen, weitere, ins Detail gehende Sprachregelungen enthielt die nur den „Hauptschriftleitern“ zugängliche „Vertrauliche Information“.⁵ Die Verbreitung der zur Veröffentlichung bestimmten Nachrichten erfolgte einheitlich durch das Deutsche Nachrichtenbüro. Durch die Verstaatlichung sämtlicher Agenturen und Korrespondenzbüros hatte das NS-Regime von vornherein jeden fremden Einfluß auf die Nachrichtenpolitik ausgeschaltet.⁶

Angesichts dieses umfassenden Lenkungssystems glaubte man, auf die Einführung einer generellen Vorzensur⁷ verzichten zu können; eine wirksame nachträgliche Kontrolle wurde durch den Apparat des „Promi“ gewährleistet. Zu Kriegsbeginn wurde aber de facto doch eine begrenzte Vorzensur in Form einer Vorlegepflicht für bestimmte Themengebiete und Publikationen (etwa illustrierte Zeitschriften) verhängt; dies konnte für einzelne Blätter auch zeitweilig – sozusagen als „Strafe“ – erfolgen. Während die militärische Zensur der Wehrmacht überlassen blieb, erstreckte sich die Arbeit der Zensurstellen des Propagandaministeriums auf die gesamte Nachrichtengebung. Sie deckte praktisch alle Themenbereiche ab, die auf der Pressekonferenz nicht eindeutig „gesprachregelt“ wurden. Erfordernisse der militärischen Geheimhaltung, vor allem das im Laufe des Krieges zunehmende Bedürfnis, Niederlagen zu verschleiern und selbst die kleinste Abweichung von der vorgeschriebenen Meinungsbildung zu verhindern, führten zu einer immer weitergehenden Einengung der Möglichkeiten der Presseberichterstattung: detaillierte, bis in groteske Einzelheiten gehende Sprachregelungen, eine zunehmende Einschnürung durch Themenverbote und eine mehr und mehr ausgedehnte Vorlagepflicht ließen die deutsche Presse immer uniformer und unglaublicher erscheinen.⁸ Am Ende des Dritten Reiches war sie in ihrer Berichterstattung von einer „Einheitszeitung“ nicht mehr weit entfernt.

Die Ergebnisse der Presselenkung, die sterile Gleichförmigkeit und immer geringere propagandistische Wirksamkeit der Zeitungen war den Verantwortlichen durchaus bewußt. Einschlägige Äußerungen des Propagandaministers legen beredtes Zeugnis dafür ab, wie gering die Rolle der Presse in den letzten Kriegsjahren noch eingeschätzt wurde.⁹ Daß trotz dieser bekannten negativen Rückwirkungen der Propagan-

⁴ Abel, a. a. O., S. 49; Säger, Täuschungen, S. 31 f. Außerdem fanden am Abend noch zusätzliche Pressekonferenzen statt.

⁵ Abel, a. a. O., S. 50 ff.

⁶ Vgl. Kapitel X dieser Arbeit.

⁷ J. Hagemann, a. a. O., S. 51 ff.

⁸ Vgl. ebenda, S. 52.

⁹ Lochner, a. a. O., Eintragung v. 14. 4. 43: „Ein anständiger Journalist, der noch ein Ehrgefühl im Leibe hat, kann sich unmöglich mit den Praktiken der Presseabteilung der Reichsregierung einverstanden erklären. Der Journalismus wurde hier geschurigelt, als wenn er sich noch in der Volksschule befände. Selbstverständlich wird das auf die Dauer sehr üble Folgen für den jour-

daapparat nicht in der Lage war, eine Lockerung der Presselenkung zu riskieren, zeigt die tiefgreifenden Schwächen dieses so hochgradig perfektionierten Systems. Ausschließlich darum bemüht, jede unkontrollierte Meinungsbildung oder gar Kritik im Ansatz zu verhindern, war es nicht in der Lage, auf unerwartete Situationen flexibel zu reagieren.

2. Beteiligung der Presseabteilung an den Lenkungsmaßnahmen

Im Gegensatz zu dem infolge der Lenkungsmaßnahmen uniformen Bild der deutschen Presse war der Lenkungsapparat selbst durch starke innere Spannungen gekennzeichnet. War die Presse zu einem Instrument der NS-Propaganda geworden, versuchten nun die verschiedenen Stellen, unkoordiniert und selbständig vorgehend, dieses Instrument für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Neben der völlig eigenständigen Verlagspolitik des Reichsleiters Amann¹⁰ und den unterschiedlichsten Ein- und Übergriffen lokaler und regionaler NS-Größen¹¹ waren es insbesondere die Berliner Ressorts, die in den zentralen Prozeß der Presselenkung einzugreifen suchten.¹² Sie bemühten sich, Einfluß auf die auf der Pressekonferenz gegebenen Anweisungen zu erlangen und durch eigene Vertreter dort weitergehende Sprachregelungen unmittelbar an die Presse zu geben. Eine weitere Möglichkeit bot sich ihnen in der direkten Einflußnahme auf die Nachrichtenagenturen, vor allem auf das DNB als zentrale Einrichtung der Nachrichtengebung.¹³

Bevor Paul Karl Schmidt 1939 die Leitung der Presseabteilung des AA übernahm, war von hier aus die führende Stellung des Propagandaministeriums in der Lenkung der deutschen Presse in keiner Weise in Frage gestellt worden. Wollte ihr damaliger Leiter Aschmann eine Erklärung vor der Presse abgeben, so informierte er vorab den Chef der Presseabteilung der Reichsregierung als Leiter der Konferenz über seine Absichten. Schmidt lehnte ein solches Verfahren, das praktisch auf eine vorherige Genehmigung der Sprachregelungen des AA hinauslief, von vornherein ab. Eine Episode bei seinem ersten Auftreten auf der Pressekonferenz sollte den Journalisten deutlich machen, daß von nun an ein anderer Wind wehte: während die ersten Reihen des Konferenzsaales bereits durch – selbstverständlich aufmerksam beobachtende – Pressevertreter besetzt waren, beanspruchte Schmidt ostentativ den eigentlich für den Ver-

nalistischen Nachwuchs haben; denn ein Mann, der noch ein bißchen Ehrgefühl besitzt, wird sich in Zukunft schwer hüten, Journalist zu werden.“ v. Oven, a. a. O., Bd. II, Eintragung v. 16. 10. 44, Goebbels referierend: „Dieser Zustand hat einmal zur Folge, daß in den Lenkungsorganen der Presse zur Zeit mehr Personen beschäftigt sind, als in der gelenkten Presse selbst. Vor allem aber versucht jeder, seine eigene Pressepolitik zu machen und die des anderen zu verhindern oder doch zu beeinträchtigen. Auf dem Karren der deutschen Presse sitzen also viele Kutscher, von denen der eine Hüh, der andere Hoh schreit. Und sie alle schlagen auf den bedauernswerten Gaul ein, zerren ihn am Maul und wundern sich, daß er störrisch, maulhart und unlustig wird.“

¹⁰ Siehe dazu Orton Hale, *Presse in der Zwangsjacke, 1933–1945*, Düsseldorf 1965.

¹¹ Siehe dazu: Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980.

¹² Vgl. Abel, a. a. O., S. 40 ff.

¹³ Vgl. dazu Kapitel X dieser Arbeit.

treter des AA reservierten Stuhl, der aber schon seit längerer Zeit von einem Angehörigen des „Promi“ regelmäßig „okkupiert“ worden war. Auf Anweisung des Konferenzleiters mußte dieser nun Schmidt Platz machen.¹⁴

Aber nicht nur in solchen Äußerlichkeiten, sondern vor allem auch in der zunehmenden Einflußnahme auf die inhaltliche Gestaltung der Presselenkung kam das neue Selbstbewußtsein der Abteilung zur Geltung. Diese offensivere Haltung des AA, aber auch die oft unterschiedlichen Auffassungen Dietrichs und Goebbels', ferner die nach Kriegsbeginn stärkere unmittelbare Einschaltung der Wehrmacht in die Presselenkung führten dazu, daß der Einigungsprozeß der Ressortvertreter vor der Pressekonferenz immer umfangreicher und schließlich zu einer Institution wurde: es entstand die „Abstimmungskonferenz“.¹⁵ Hier mußte nun der Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Propagandaministerium versuchen, die ihm auf der vorhergegangenen „Ministerkonferenz“ mündlich erteilten Weisungen seines Ressortchefs mit den ihm telefonisch durch den Reichspressechef durchgegebenen Instruktionen (die durch die Anwesenheit von Dietrichs Stellvertreter Sündermann in der Abstimmungsrunde zusätzlich hartnäckig vertreten wurden) und den vorgetragenen Wünschen der anderen Ressorts in Einklang zu bringen.

Mit der Einführung der „Tagesparole“ im November 1940 suchte Dietrich, die Presseanweisungen in eine schriftlich fixierte, verbindliche Form zu bringen. Diese mehrere Punkte umfassende propagandistische Leitlinie, die künftig zu Beginn jeder Pressekonferenz verlesen wurde, sollte vor allem die Schwerpunkte und die Rangfolge der Themen, den jeweils anzuschlagenden propagandistischen Grundton und Einzelheiten der Aufmachung regeln. Ihre Einführung erfolgte vor allem, um die durch zahlreiche Sprachregelungen aufgeblähte Presselenkung übersichtlicher zu machen, zum anderen, um den Anweisungen Dietrichs gegenüber den Wünschen Ribbentrops und Goebbels' ein autoritatives Gewicht zu verleihen.¹⁶

Es kann daher auch nicht verwundern, daß diese Maßnahme sofort den Widerstand des AA auslöste. Als der Leiter der Abteilung Deutsche Presse im „Promi“, Fritzsche, auf der Pressekonferenz vom 31. Oktober 1940 überraschend ankündigte, daß künftig sämtliche Ressorts ihre „Weisungen, Wünsche und Anregungen“ für die Presse in seinem Büro vorzulegen hätten, worauf dann Dietrich selbständig entscheiden wolle, was in seine Tagesparole Aufnahme fände, stellte ihn Schmidt im Anschluß an die Veranstaltung zur Rede. Fritzsche habe – so schildert Schmidt die nun folgende Auseinandersetzung in einem zehnteiligen Bericht seinem Minister¹⁷ – „sich verhaspelnd“ als Begründung angeführt, daß Dietrich die durch Stellungnahmen verschiedener anderer Ressortvertreter auf der Pressekonferenz geschwächte Stellung Fritzsches durch die Neuregelung wieder habe stärken wollen. Daraufhin entwickelte Schmidt, immer nach seiner eigenen Darstellung, folgende Argumentation: die Maßnahme des Reichspres-

¹⁴ Befragung Schmidt.

¹⁵ Zu diesen Vorgängen: Abel, a. a. O., S. 40 ff.; IfZ, NG 3590.

¹⁶ Abel, a. a. O., S. 43 ff.; J. Hagemann, a. a. O., S. 37 ff.; IfZ, NG 3590. – Auch in Journalistenkreisen war der Hintergrund der Einführung der Tagesparole bekannt. So schrieb Fritz Sänger an die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“, sie sei „auf Grund der Differenzen zwischen AA und Propagandaministerium“ zustande gekommen (BA, ZSg 102/29, 11. 11. 40).

¹⁷ AA, Büro StSekr., Auslandspropaganda. Presse, Schmidt an Ribbentrop, 31. 10. 40, 396–405.

sechefs sei „der Versuch, die für die Presse seit langem grundlegenden Weisungen, Richtlinien und Informationen, die aus der Außenpolitik des Reiches kommen, dem Auswärtigen Amt zu entziehen und selbst der Presse zu übermitteln“. – Dies sei aber „sachlich nicht möglich“, da die dazu notwendige Information über die außenpolitischen Zusammenhänge, etwa die „interne Zielsetzung der außenpolitischen Initiative des Außenministers“, dem Reichspressechef durch das AA „im Interesse des Reiches“ nicht gegeben werden könnte. Die Anordnung Dietrichs, „deren wesentlicher Kern die Ausschaltung des Auswärtigen Amtes“ aus der Presselenkung sei, widerspreche dem Führerbefehl vom 8. September 39; die Anordnung stelle zudem „eine Gefährdung der außenpolitischen Führung des Reiches“ dar. Fritzsche, der „von diesen kalt und sachlich vorgetragenen, ablehnenden Argumenten äußerst betroffen“ gewesen wäre, habe daraufhin versucht, ihm – unter dem Motto „Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird“ – Wege aufzuzeigen, wie die Anordnung Dietrichs zu umgehen sei, er habe aber solche „Schiebungen“ rundheraus abgelehnt. Fritzsche habe daraufhin „unter endlosen Beteuerungen seiner peinlichen Situation und unter kaum zu ertragendem, ständigem geistigem Verrat an seinem eigenen Chef“ die durch die Anweisung entstandenen Schwierigkeiten auch für den internen Betrieb des Propagandaministeriums geschildert und ihm schließlich erklärt, daß er in jedem Fall den „strikten Befehl“ des Reichspressechefs durchführen müsse und „unter diesen Umständen bedauerlicherweise gezwungen sei, mir, wenn ich bei meiner Ablehnung bliebe, ab 1. November das Wort auf der Pressekonferenz zu meinen bisher üblichen Ausführungen nicht mehr erteilen könne“. Er habe Fritzsche daraufhin lakonisch erklärt, falls das Propagandaministerium auf der Neuregelung weiter bestünde, „müsse die deutsche Presse dann eben auf außenpolitische Weisungen, Richtlinien und Informationen verzichten“. Nach dieser Boykottandrohung des AA-Sprechers kam es schließlich zu einer Regelung, die eine gewisse Einflußnahme des Außenministeriums am Zustandekommen der Tagesparole sicherstellte. Die nun eingeführte Prozedur lief letztlich auf eine Formalisierung des früher schon üblichen Abstimmungsverfahrens hinaus: Wie bisher mußten die verschiedenen Ressortvertreter versuchen, ihre Wünsche mit den vorbereiteten Anweisungen Dietrichs in Einklang zu bringen. Im Unterschied zu früher lag nun der „Tagesparolenkonferenz“ – wie die Abstimmungsrunde bald genannt wurde – ein immerhin aus der Umgebung Hitlers stammendes Papier vor, das nicht mehr ohne weiteres zu ändern oder zu ergänzen war. Die auch weiterhin auf der Pressekonferenz abgegebenen weiterführenden Erläuterungen konnten nicht den gleichen verbindlichen Charakter wie die Tagesparole beanspruchen.

Wie nun versucht wurde, die Vorstellungen des AA in die Tagesparole Eingang finden zu lassen, schilderte Schmidt in einer Zeugenaussage¹⁸, die er während der Nürnberger Prozesse abgab, so: entstanden im Abstimmungsverfahren Meinungsverschiedenheiten, „so fällt Dr. Dietrich (bei Abwesenheit fermündlich) die Entscheidungen. Lag dieser Entscheidung eine Anordnung oder Sprachregelung oder von Dr. Dietrich zitierte Intention Hitlers zugrunde, so gab es keine weiteren Möglichkeiten der Diskussion. Merkte der Behördenvertreter, daß dies nicht der Fall war, so konnte er sich telefonisch an seinen Staatssekretär oder seinen Minister wenden und ihn um Intervention bei dem Reichspressechef bitten. Erfolgte eine solche Intervention, so konnte

¹⁸ IfZ, NG 3590.

Dr. Dietrich dieser stattgeben, oder anheimstellen, eine Entscheidung Hitlers herbeizuführen.“ Waren sich Schmidt oder dessen Vertreter darüber im unklaren, ob der entsprechende Punkt der Tagesordnung nun auf die Intention Hitlers oder nur Dietrichs zurückging, so konnte er versuchen, über Ribbentrop bzw. seinen Stab unter Einschaltung des AA-Verbindungsmannes Hewel den wahren Stand der Meinungsbildung des „Führers“ zu erkunden. War dagegen Schmidt in der Lage, eine außenpolitische Direktive Ribbentrops zu einem zentralen Punkt vorzuweisen, so konnte das Propagandaministerium deren Aufnahme in die Tagesparole letztlich nur dadurch verhindern, daß es seinerseits eine Führerentscheidung einholte.¹⁹

Durchsetzungsvermögen in der unmittelbaren Konfrontation und Übereinstimmung mit der Führermeinung (der tatsächlichen, der vorgegebenen oder der vermuteten): Im Zusammenspiel dieser beiden Faktoren entschied sich die tägliche Auseinandersetzung um die Formulierung der Tagesparole.

3. Informelle Kontakte zur deutschen Presse: Die „Mittwochrunde“

Neben ihrer Beteiligung an der institutionalisierten Presselenkung bemühte sich die Presseabteilung auch um informelle Kontakte zur deutschen Presse. Wichtigstes Instrument auf diesem Feld war die sogenannte „Mittwochrunde“²⁰, ein wöchentlicher, im Auslandspresseclub tagender Stammtisch, zu dem der Abteilung nahestehende Journalisten herangezogen wurden. Ins Leben gerufen hatte diese Einrichtung der Referatsleiter „Deutsche Presse“, Günter Lohse, unter dessen Vorsitz die „Mittwochrunde“ bis zum April 1945 regelmäßig tagte. Diese Zusammenkünfte, die in einer betont kollegialen und offenen Atmosphäre stattgefunden haben sollen, dienten in erster Linie dazu, den Journalisten, die sich auch untereinander austauschten, seitens des AA streng vertraulich außenpolitische Hintergrundinformationen zu geben. Dabei soll Lohse bei der Informationsauswahl, bei der ihm vom Abteilungsleiter völlig freie Hand gelassen wurde, ausgesprochen großzügig verfahren sein, so daß sich angesichts der strikten Geheimhaltungsmaßnahmen des Dritten Reiches für ihn durchaus persönliche Risiken ergaben. Aus diesem Grund blieb auch der Teilnehmerkreis (vgl. Übersicht 10) der „Mittwochrunde“ eng begrenzt. Nur so war es möglich, erheblich

¹⁹ Befragung Schmidt.

²⁰ Befragungen Lohse, Schmidt und Clauss; siehe auch die Bitte Schmidts an den Außenminister, an einer Weihnachtsfeier der Mittwochrunde teilzunehmen: „Die Mittwoch-Zusammenkünfte, die Legationsrat Lohse seit Anfang August 1940 für einen auserwählten Kreis deutscher Schriftleiter im Auslandspresseclub veranstaltet, sind zu einer Einrichtung geworden, die von den deutschen Schriftleitern gern und regelmäßig besucht wird. Sie ist für diesen Teil der deutschen Presse die einzige Gelegenheit, über den Rahmen der Pressekonferenzen hinaus ein zuverlässiges Bild der jeweiligen Lage zu gewinnen und ihre außenpolitische Arbeit darauf einzurichten. Die Zusammenkünfte sind auf einen Kreis von 17 deutschen Journalisten beschränkt, die für die Arbeit der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes in erster Linie in Frage kommen. Sie haben dazu beigetragen, unsere Verbindung zu den maßgebendsten deutschen Schriftleitern durch ein wirklich kameradschaftliches Verhältnis zu festigen und damit eine in jedem Falle sichere Grundlage unserer Zusammenarbeit herzustellen.“ (AA, PresseAbt. lfd. Nr. 37, Presse, 7. 12. 41.)

weitgehendere Informationen zu geben, als dies etwa auf der – vom Propagandaministerium im Anschluß an die Pressekonferenz veranstalteten – „Nachbörse“ der Fall war.

Durch die Begrenzung dieses Zirkels und den hohen Grad der Vertraulichkeit – sogar die Existenz der „Mittwochrunde“ sollte Außenstehenden nicht bekannt werden – entstand im Laufe der Zeit eine untereinander und der Abteilung verbundene und verpflichtete Journalistengruppe, die sich für die Pressepolitik des AA einsetzen ließ. Mit den Teilnehmern der „Mittwochrunde“ standen dem AA Journalisten zur Verfügung, die aufgrund ihres besseren Informationsstandes in ihrer Arbeit größere Möglichkeiten hatten als die nur mit dem amtlichen Material gefütterten Kollegen und die gleichzeitig zum Erhalt dieses Informationsvorsprungs den Kontakt mit der Presseabteilung suchen mußten. Mit ihrer Hilfe wurde versucht, in der deutschen Presse eine gewisse Bandbreite der außenpolitischen Berichterstattung zu schaffen, die für das AA vor allem unter dem Aspekt der „Rückzitation“ ins Ausland interessant war. Eine fast völlig gleichlautende Berichterstattung, wie sie in der Konsequenz der vom Propagandaministerium betriebenen Presselenkung lag, konnte dem Auswärtigen Amt für seine Propaganda in den neutralen Staaten nicht besonders attraktiv erscheinen.

Betrachtet man die 18 Journalisten näher, die 1941 Teilnehmer der „Mittwochrunde“ waren, so lassen sie sich fünf Gruppen zuordnen: zum einen handelte es sich um die beiden wichtigsten Mitarbeiter der Abteilung, Rudolf Fischer und Walter Petwaidic²¹, sowie um den Verlagsleiter des durch das AA subventionierten „Volk und Reich“-Verlages²², Friedrich Heiß²², der selbst in Absprache mit der Presseabteilung zahlreiche Publikationen verfaßt hatte. Ferner wurde zur „Mittwochrunde“ die Spitze der Agentur „Transocean“ herangezogen: dies waren die Redakteure Werner v. Lojewski²³, Georg Schröder²⁴ sowie der Hauptschriftleiter Friedrich von Homeyer²⁵. Zu einer dritten Gruppe gehörten Redaktionsmitglieder der führenden Parteizeitungen: den „Völkischen Beobachter“ vertrat Theodor Böttiger²⁶, den „Angriff“ Hermann Fidlikow und Kurt Kränzlein, beide Blätter Hans H. Welchert²⁷. Viertens wurden Ver-

²¹ Vgl. S. 161 dieser Arbeit.

²² Vgl. S. 260 ff. dieser Arbeit.

²³ Geb. 1907; nach 1945 u. a. Leiter der Nachrichtenredaktion des NWDR u. Pressechef der CDU-Bundesleitung.

²⁴ Geb. 1905; nach 1945 journalistische Tätigkeit vor allem für die „Welt“.

²⁵ Geb. 1899; Weltkriegsoffizier und Freikorpskämpfer, seit 1925 Korrespondent verschiedener Zeitungen in Istanbul, dann Chefredakteur der dortigen „Türkischen Post“; 1931–33 Tätigkeit im Scherl-Verlag, 1933–36 Pressebeirat in Kairo, gleichzeitig Landesgruppenleiter der AO, seit 1936 Hauptschriftleiter der Transocean: *Zeitungswissenschaft* 17 (1942), S. 414 f., Nachruf u. BDC, NSDAP-Karteikarte. Als Homeyer als Offizier während des Afrika-Feldzuges im Juli 1942 fiel, schlug Schmidt dem Außenminister vor, seiner Witwe ein Beileidstelegramm zu übermitteln, da er „stets den außenpolitischen Wünschen der Presseabteilung des Amtes zur Verfügung gestanden“ habe: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 38, Presse, 7.7.42.

²⁶ Geb. 1903 in La Paz; Studium Geschichte und Staatswissenschaft, Promotion, Pressereferent der Dienststelle Ribbentrop, Korrespondententätigkeit. Verfasser von: *Engländer, Gestalten aus dem Alltag einer müden Nation*, Berlin 1941; *Führer der Völker*, Berlin 1935: BDC, NSDAP-Karteikarte, SS-Pers.-Karte.

²⁷ Geb. 1905; Studium Dt. Hochschule f. Politik, Tätigkeit f. verschiedene Zeitungen, Verfasser zahlreicher Bücher; nach 1945 Referatsleiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: *Journalisten-Handbuch* 1974, Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wiesbaden 1974; Auskunft Bundespresseamt v. 10.8.1982; BDC, Akte Reichsschrifttumskammer.

treter führender, von ihrer Tradition her bürgerlicher, auch international bekannter Zeitungen herangezogen: neben dem Berliner Korrespondenten der liberalen „Frankfurter Zeitung“²⁸, Heinrich Scharp, waren dies der Chefredakteur bzw. der außenpolitische Ressortleiter der konservativen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Karl Silex²⁹ und Max W. Clauss³⁰, sowie der Hauptschriftleiter der deutschnationalen „Berliner Börsen Zeitung“, Richard Jügler. Zur „Mittwochrunde“ gehörten ferner einige Journalisten regionaler Tageszeitungen, die traditionell auch eine gewisse Ausstrahlung auf das benachbarte Ausland hatten. Mit der Hinzuziehung des „Westdeutschen Beobachter“ (Günther Erdmann), des „Hamburger Fremdenblatts“ (Adolf Halfeld³¹), der

Übersicht 10 Teilnehmer der Mittwochrunde (Stand 1941)

Theo Böttiger	„Völkischer Beobachter“
Max W. Clauss	„Deutsche Allgemeine Zeitung“
Günther Erdmann	„Westdeutscher Beobachter“
Hermann Fiddikow	„Der Angriff“
Rudolf Fischer	Mitarbeiter der Presseabteilung; „Transkontinent Press“ u.a.
Franz Geissler	„Münchner Neueste Nachrichten“
Adolf Halfeld	„Hamburger Fremdenblatt“
Friedrich Heiß	Verlag „Volk und Reich“
Friedrich Homeyer	„Transocean“
Richard Jügler	„Berliner Börsen Zeitung“
Karl H. Käsbach	„Nürnberger Nachrichten“ u.a.
Kurt Kränzlein	„Der Angriff“
Werner v. Lojewski	„Transocean“
Walter Petwaicid	Mitarbeiter der Presseabteilung; „Transkontinent Press“ u.a.
Heinrich Scharp	„Frankfurter Zeitung“
Georg Schröder	„Transocean“
Karl Silex	„Deutsche Allgemeine Zeitung“
Hans H. Welchert	„Der Angriff“/„Völkischer Beobachter“

Quellen: Befragung Lohse. Die Namen der Teilnehmer sind in einem Zigarettenetui eingraviert, das Lohse zu seiner Hochzeit am 2. 5. 1941 geschenkt bekam.

²⁸ Zur F. Z. siehe Kurt Paupié, in: Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, hrsgg. v. Heinz-Dietrich Fischer, Pullach b. München 1972, S. 241–256, die Arbeiten von Fritz Sänger sowie seine Sammlung: Materialien zur Geschichte der Frankfurter Zeitung, gesammelt u. zusammengestellt v. F. S., in: BA, ZSg 102; er selbst war nur selten bei der Mittwochrunde.

²⁹ Geb. 1896; Marineoffizier im 1. Weltkrieg, Promotion, seit 1921 journalistische Tätigkeit bei verschiedenen Zeitungen, 1935 Korrespondent der DAZ in London, 1933 deren Chefredakteur, 1943 Demission zur Marine; nach 1945 u.a. Chefredakteur des Berliner „Tagesspiegel“; Verfasser verschiedener außenpolitischer Bücher: K. S., Mit Kommentar. Lebensbericht eines Journalisten, Frankfurt a. M. 1968; BDC, NSDAP-Karteikarte. – Zur DAZ siehe: Heinz Dietrich Fischer in: ders., a. a. O., S. 269–281.

³⁰ Geb. 1901; Studium Germanistik, Romanistik, Geschichte u. Soziologie, Promotion, journalistische Tätigkeit, Reichstagskandidatur für die Deutsche Staatspartei 1933, 1934 Schriftleiter der Korrespondenz „Dienst aus Deutschland“, 1938 außenpolitischer Ressortleiter des „Berliner Tageblatts“, nach deren Fusion mit der DAZ in der gleichen Funktion bei diesem Blatt, ab 1943 dessen Korrespondent in Portugal; Verfasser verschiedener außenpolitischer Bücher: Befragung Clauss; unveröffentlichtes Manuskript: „So viele Leben. Internationale Erinnerungen.“

³¹ Geb. 1898; Studium Philosophie und Politik, Promotion, 1924–29 Korrespondent des „Hamburger Fremdenblatts“ und der „Münchner Neuesten Nachrichten“ in den USA, 1929–32 in London, seit 1932 Vertreter des H. F. in Berlin, verschiedene außenpolitische Buchveröffentlichungen: Lebenslauf in: BDC, Akte Reichsschrifttumskammer.

„Münchener Neuesten Nachrichten“³² (Franz Geissler) sowie der „Nürnberger Nachrichten“ (Karl-Heinz Käsbach³³, der auch andere Blätter vertrat) war eine gewisse geographische Ausgewogenheit gegeben. Unter den international Beachtung findenden deutschen Blättern war nur „Das Reich“ in der „Mittwochrunde“ nicht vertreten; dazu dürfte dessen Verbindung zum Propagandaministerium – Goebbels veröffentlichte hier jede Woche einen Leitartikel – zu eng gewesen sein.

Über die mittwöchlichen Zusammenkünfte hinaus war die Presseabteilung bemüht, ihre Maßnahmen zur „Betreuung“ deutscher Journalisten möglichst auf diesen Personenkreis zu konzentrieren. Ob es sich um Einladungen zur Sylvesterfeier oder Cocktailparties, um die Mitgliedschaft im Auslandspresseclub, um die Verleihung von Auszeichnungen oder um eine Auslandsreise handelte³⁴: Selten findet sich in solchen Aufstellungen ein nicht zur „Mittwochrunde“ zählender Name.

Wegen des ständigen persönlichen Kontakts wurden „Anregungen“ der Presseabteilung an diese Personengruppe in der Regel mündlich gegeben.³⁵ Gelegentlich wurde aber auch der schriftliche Weg gewählt, so daß es an einigen Beispielen möglich ist zu zeigen, wie präzise die „Wünsche“ der Presseabteilung waren. So erhielt z. B. das für die Bearbeitung des nördlichen Raumes ausgesuchte „Hamburger Fremdenblatt“ einen Leitartikel des „Svenska Dagbladet“ mit der Bitte zugesandt, in Form einer „Glosse“ zu reagieren, wobei noch einige Hinweise gegeben wurden: „Insbesondere mußte gegen den wörtlich zitierten Satz polemisiert werden... Hinzuweisen wäre... Nicht schaden würde es...“³⁶ In ähnlicher Form wurde der Redakteur des „Angriff“ aufgefordert, einen Artikel der „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning“ zu behandeln, ohne dabei dem deutschen Leser dessen Informationsgehalt weiterzugeben: „Es wäre sehr erwünscht, wenn Sie diesen Artikel, ohne Verfasser und Inhalt ernstzunehmen, in einer Ihrer nächsten Ausgaben ‚mit leichter Hand‘ ironisieren würden. Es käme dabei nicht darauf an...“³⁷ Neben diesen Polemiken, die sich dann gezielt in der Propaganda der Abteilung verwerten ließen, wurde auch versucht, das „Echo“ eines im Auftrag des AA erstellten Artikels durch Wiederabdruck in der deutschen Presse zu erhöhen.³⁸

³² Zu den M. N. N. siehe: Kurt A. Holz, in: Deutsche Zeitungen, S. 191–207.

³³ Geb. 1908; Hochschulstudium, während längerer Auslandsaufenthalte Berichterstattung für deutsche Zeitungen, 1932 Mitarbeiter des Instituts für Zeitungskunde, Berliner Vertreter verschiedener Zeitungen; 1940/41 Leiter der Gruppe „Presse“ in der Propagandaabteilung Frankreich, 1943 Chef der Zentralredaktion von Transocean; nach 1945 u. a. Pressechef der Bavaria-Film, Anfang der achtziger Jahre Herausgeber einer eigenen Pressekorrespondenz in München: BDC, Akte Reichsschrifttumskammer, NSDAP-Karteikarte; Journalisten-Handbuch 1974.

³⁴ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 38, Presse, Ref. Dt. Presse an Schmidt, ebenda, lfd. Nr. 37, Presse, undatierte Namensliste (Verleihung einer Auszeichnung); ebenda, lfd. Nr. 36 II, Presse, Einladungsliste f. Cocktailparty.

³⁵ Befragung Lohse.

³⁶ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 30, Presse, Lohse an Hamburger Fremdenblatt (Halfeld), 24. 2. 41; weitere Beispiele für solche Aufforderungen in dieser Akte.

³⁷ Ebenda, Lohse an „Angriff“ (Kränzlein), 16. 1. 41.

³⁸ So wurden z. B. die Redaktionen verschiedener Zeitungen gebeten, einen Leitartikel der AA-Hauszeitschrift „Berlin-Rom-Tokio“ zu übernehmen: ebenda, lfd. Nr. 31, II, Schriftwechsel mit der deutschen Presse, Ref. Dt. Presse an verschiedene Redaktionen, 23. 7. 41.

Durch die in der „Mittwochrunde“ geschaffenen Kontakte zur deutschen Presse war es der Abteilung auch möglich, bestimmte Veröffentlichungen zumindest in einem Teil der Presse unterzubringen, wenn sie sich in dem Prozeß um die Formulierung der Tagesparole nicht generell hatte durchsetzen können. Dies war insbesondere dann äußerst nützlich, wenn von Ribbentrop selbst kommende Aufträge am Widerstand der „Promi“-Vertreter gescheitert waren. In solchen Fällen konnte man dem Außenminister dann zumindest die Zeitungen präsentieren, die seinen Vorstellungen entsprechend berichtet hatten. Nach Darstellung Lohses ging diese Form der Kooperation so weit, daß er durch ihm bekannte Journalisten regelrechte „Sondernummern“ anfertigen ließ: Wenn etwa Ribbentrop, der in dieser Beziehung sehr eitel war, den Abdruck eines ihm möglichst vorteilhaften Fotos verlangte, das Propagandaministerium aber einer anderen Bildveröffentlichung den Vorzug gab, wurde dafür gesorgt, daß wenigstens die in die Wilhelmstraße gelieferten Zeitungen das Ribbentrop-Bild enthielten.³⁹

4. Die „Zensur“ der deutschen Presse durch die Abteilung

In verschiedenen Aufzeichnungen über die Tätigkeit seines Referates nannte Lohse als eine seiner Hauptaufgaben die außenpolitische „Zensur“ der deutschen Presse.⁴⁰ Zu einer vollständigen Überwachung aller in Deutschland erscheinenden Publikationen wäre das Referat aber schon personalmäßig – es standen lediglich zwei bis drei Sachbearbeiter und zwei Sekretärinnen zur Verfügung – nicht in der Lage gewesen.⁴¹ Die weitgesteckte Formulierung stellte statt dessen einen generellen Kompetenzanspruch dar, der nur von Fall zu Fall auch eine praktische Bedeutung bekam. Tatsächlich funktionierte infolge der Presselenkungsmaßnahmen die Selbstzensur in den Redaktionen auch im außenpolitischen Bereich so gut, daß ein wirklicher Eingriff in ihre Arbeit nur in Einzelfällen erforderlich war. Dabei waren aufgrund der engen Kontakte der Presseabteilung zu führenden deutschen Journalisten oft die Grenzen zwischen förmlicher Zensur und dem Erteilen von „Ratschlägen“, der Weitergabe von „Wünschen“ oder der Bitte um „Rücksprache“ fließend.

Konkret richtete sich der Kompetenzanspruch der Abteilung auf eine Beteiligung an der durch das Propagandaministerium wahrgenommenen Zensur in allen außenpolitisch relevanten Fragen. Generell hatte das „Promi“ für alle Themen, die nicht auf der Pressekonferenz „gesprachregelt“ wurden, eine Vorlagepflicht verhängt. Im außenpolitischen Bereich war dies insbesondere bei Korrespondentenberichten und bei außerhalb der Tagesaktualität liegenden Artikeln der Fall. Wurde nun die Presseabteilung des AA in die Prozedur der Überprüfung miteinbezogen, so geschah dies in der Regel durch telefonische Rückversicherung des betreffenden Redakteurs bzw. des

³⁹ Befragung Lohse.

⁴⁰ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Aufzeichnung v. 20. 12. 39; ebenda, 27. 1. 40.

⁴¹ Befragung Lohse; die ausführliche Darstellung Lohses war für die Rekonstruktion des technischen Ablaufs der durch die Presseabteilung des AA ausgeübten Zensur aus Einzelangaben äußerst nützlich. Dabei wurde die Zensur von Lohse allerdings zum Teil als eine Art Zusammenarbeit mit den Journalisten zur maximalen Ausschöpfung des noch vorhandenen Spielraums in der Berichterstattung dargestellt.

Propagandaministeriums im Referat Lohse.⁴² Von hier aus konnten zur Prüfung auch die Länderreferate der Abteilung oder andere Stellen des Hauses eingeschaltet werden.⁴³ Dagegen soll, folgt man den Erinnerungen Lohses, von seiner Seite nur in seltenen Ausnahmefällen ein Artikel Wort für Wort kontrolliert worden sein.⁴⁴ In welchem Umfang dies tatsächlich geschah, ist zweifelsfrei nicht zu ermitteln. Jedenfalls wurde vom Propagandaministerium wiederholt gefordert, brisante außenpolitische Veröffentlichungen vorab „zur Prüfung“, „zur Zensur“, „zur Vorlage“ einzureichen.⁴⁵ Auch erhielt die Abteilung direkt durch die Redaktionen Artikel unter dem Zusatz „zur schnelleren Abwicklung der Zensur“ oder mit ähnlich lautenden Formulierungen zugesandt.⁴⁶

Die Zensur der deutschen Presse bildete einen der Hauptstreitpunkte zwischen Lohse und seinem Gegenüber, dem Leiter der Presseabteilung des Propagandaministeriums. Verschiedene Beschwerden Lohses, in denen die Veröffentlichung von Artikeln in der deutschen Presse ohne Rücksprache mit dem AA kritisiert und der eingetretene außenpolitische Schaden in düsteren Farben ausgemalt wird, machen deutlich, daß seine Zuständigkeiten auf diesem Gebiet durchaus umstritten waren.⁴⁷

Die Zensur erstreckte sich nach Ansicht des AA nicht nur auf die Arbeit der Journalisten, sondern auch auf Veröffentlichungen führender Politiker in der deutschen Presse. Wurden besonders brisante Themen berührt, ließ es sich der Außenminister nicht nehmen, selbst über die Zulässigkeit einer Publikation zu entscheiden. So ließ Ribbentrop beispielsweise Goebbels in einem konkreten Fall mitteilen, „daß von einer Veröffentlichung des Aufsatzes von der Neutralität im Kriege das Auswärtige Amt abzusehen bittet, da es sich um ein außenpolitisches Thema handelt, dessen Beleuchtung jetzt in dieser Weise nicht opportun erscheint“⁴⁸, – eine Bitte, die der auf seine publizistischen Eigenleistungen stets stolze Propagandaminister als Zurechtweisung empfunden haben dürfte.

Zwischen beiden Ministerien umstritten war auch die Bezeichnung der Zensurarbeit der Presseabteilung. So wurde Lohse seitens des „Promi“ dazu veranlaßt, einen Stempel „Freigegeben von der Presseabteilung des AA“ durch einen neuen „Keine Bedenken – Presseabteilung Auswärtiges Amt“ zu ersetzen.⁴⁹ Auch beobachtete man in der Presseabteilung argwöhnisch die Versuche des Propagandaministeriums, „durch unmittelbaren Verkehr mit sachlich nicht zuständigen Beamten des AA Stellungnah-

⁴² AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Lohse, Entwurf eines Schreibens Schmidts an Fritzsche, 15.2.40.

⁴³ Ebenda, AA, PresseAbt. lfd. Nr. 36 I, Presse, Aufzeichnung f. Braun v. Stumm, 12.2.40: Der hier erwähnte „den Zensurartikeln stets beigelegte Auftragszettel für den betreffenden Länderreferenten mit dem von diesem gemachten Zensurvermerk“ verdeutlicht, daß die Zensur zur Routinearbeit der Abteilung gehörte.

⁴⁴ Befragung Lohse.

⁴⁵ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Lohse an Zeitschriftenreferat Propagandamin., 11.3.41; ebenda, Lohse an Propagandamin., 12.6.41; HA Schmidt 2 a, Aufzeichnung f. Ribbentrop, 14.8.41.

⁴⁶ Siehe dazu die entsprechenden Schreiben in: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 30, Presse.

⁴⁷ Wie Anm. 45 sowie: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Schmidt an Fritzsche (Entwurf).

⁴⁸ AA, HA Schmidt 4, Raykowski an Schmidt, 23.12.42, 112.

⁴⁹ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 36 I, Presse, Lohse an Beschaffungsstelle, Juni 1940.

men herbeizuführen, die nur durch Vermittlung der Presseabteilung des AA einzuholen sind“.⁵⁰

Ein weiterer Vorwurf der Presseabteilung betraf Verzögerungen, die bei der Übermittlung von zensurpflichtigen Artikeln durch die Schuld des „Promi“ entstanden.⁵¹ Auch in der Einführung der „Selbstzensur“⁵² – wie die unverblünte Bezeichnung tatsächlich lautete – für einige größere Zeitungen sah die Presseabteilung des AA in erster Linie den Versuch des Propagandaministeriums, die Kompetenzen des Außenministeriums auszuhöhlen. Man verlangte daher, daß sich die Selbstzensur nur auf die Themen, die innerhalb der auf der Pressekonferenz gegebenen Sprachregelungen lagen, erstrecken dürfe – damit wäre dieses Privileg aber weitgehend beseitigt worden, da die auf der Konferenz behandelten Themen ohnehin in der Regel nicht vorab vorgelegt werden mußten. In der vom Propagandaministerium genehmigten, umfassenden Form der Selbstzensur, so bemühte man sich zu beweisen, gelangten aber „in zunehmendem Maße Meldungen in die Presse...“, die außenpolitisch nicht vertretbar“ seien. Dagegen stellte man aber fest, „daß die Zeitungen, denen die Presseabteilung der Reichsregierung das Recht der Selbstzensur eingeräumt hat, dem Auswärtigen Amt über die Zensurstelle im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Artikel und Berichte zur Prüfung einreichen, die sich in den meisten Fällen im Rahmen der Sprachregelungen auf den Pressekonferenzen bewegen und daher freigegeben werden können“. Um so „überraschender“ sei es aber, „daß von diesen Zeitungen wirklich heikle Themen nur selten zur Zensur vorgelegt werden, was den Eindruck erwecken muß, daß Veröffentlichungen dieser Art oftmals nur aus dem Grund, um sie nicht verhindert zu wissen, auf dem Weg über die Eigenzensur in die Presse gelangen.“⁵³

5. Zwei Aufzeichnungen vom Oktober 1941: Führungsanspruch der Presseabteilung auch gegenüber der deutschen Presse

Zwei Aufzeichnungen Lohses für Schmidt vom Oktober 1941 machen deutlich, daß zumindest innerhalb der Abteilung Überlegungen angestellt wurden, die Beziehungen zu führenden deutschen Journalisten nicht nur zur Intensivierung der auswärtigen Pressepolitik zu nutzen, sondern auf diesem Wege das Propagandaministerium auch aus seiner führenden Rolle bei der deutschen Presselenkung zu verdrängen. Im Oktober 1941, kurz vor Abschluß des Arbeitsabkommens mit dem Propagandaministerium erstellt, zeigen die Papiere die kompromißlose, weiterhin auf den Konflikt mit dem Goebbels-Ressort zusteuernde Haltung der Abteilung und vermitteln zugleich einen Eindruck vom Zusammenspiel der verschiedenen Methoden und Instrumente der Pressepolitik, wie sie von der Abteilung eingesetzt wurden.

⁵⁰ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Pol X an Presseabt., 20. 9. 40.

⁵¹ So Lohse in einem Entwurf eines Schreibens Schmidts an Fritzsche, 15. 2. 40: ebenda.

⁵² Vgl. J. Hagemann, a. a. O., S. 55 ff. Selbstverständlich entband dieses Recht nicht von der Pflicht zur Einhaltung der Zensurbestimmungen.

⁵³ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Braun v. Stumm an Presseabt. der Reichsregierung, 2. 2. 40.

Lohse beginnt seine erste Aufzeichnung vom 8. Oktober 1941⁵⁴ mit einer massiven Kritik an der bisherigen Presselenkung durch das Propagandaministerium und dem Zustand der deutschen Presse. Auf der Pressekonferenz würden durch die Presseabteilung der Reichsregierung fast ausschließlich Richtlinien auf der Grundlage des Materials erteilt, das den Redaktionen ohnehin über das Deutsche Nachrichtenbüro zginge. Konsequenz dieses Verfahrens sei, „daß die in der Presse verarbeiteten Themen zu etwa 80% durch Vorgänge im Ausland... ausgelöst werden“. Damit habe aber die deutsche Presse „die Initiative nicht mehr in der Hand, die Initiative liegt vielmehr beim Ausland. Die deutsche Presse erschöpft sich in der Verarbeitung, Kommentierung usw. des feindlichen Nachrichtenmaterials und gerät dabei notwendig in die reine Polemik.“ Zudem sei durch das Anschwellen der Presseanweisungen auf der einen Seite und durch die Verminderung des Zeitungsumfangs infolge Papiermangels auf der anderen praktisch kein Platz mehr für zusätzliche Berichte, etwa für die der Auslandskorrespondenten.

Nicht zuletzt durch die zunehmende „Uniformierung“ der deutschen Presse sei „die Unlust des deutschen Journalisten an seiner Arbeit ... ins Unermeßliche gestiegen“. All dies habe den Ruf der deutschen Presse im Ausland wie im Inland in erheblichem Maße herabsinken lassen. Im Ausland habe „ein Übermaß an Polemik den Eindruck der Unsicherheit“ hervorgerufen und „den mangelnden Glauben an die Zuverlässigkeit der deutschen Zeitungen“ verstärkt, im Inneren habe sie „zur Übermüdung des Volkes“ geführt, „das von seiner Presse mehr erwartet als die rein polemische Auseinandersetzung mit Reden ausländischer Staatsmänner usw. oder mit Blößen, die sich die ausländische Propaganda gibt“. Insbesondere bemängelte Lohse den rapiden Verlust der Funktion der deutschen Presse als „Sprachrohr gegenüber dem Ausland“: Wo ihr diese Bedeutung überhaupt noch zukomme, „mangelt es an einem wirklichen Hand-in-Hand-Arbeiten aller deutschen Propagandamittel ... zur Förderung des Weltechos dieser Zeitungsstimmen“.

Angesichts dieser Lage bezeichnete Lohse es als vordringlichste Aufgabe, nun eine „wirkliche Pressepolitik“ zu beginnen, d.h. „durch ein Ineinandergreifen aller unserer Nachrichtenmittel ... der Presse ihre eigentliche Bedeutung als Instrument der Reichspolitik zurück[zul]egen und ihre propagandistische Wirkung auf das Ausland [zu] verstärken“. Zu diesem Zweck müsse der Schwerpunkt der Pressearbeit fort von der Pressekonferenz (auf der „die Ausrichtung auf den Dümmeren zum Prinzip erhoben worden ist“) auf die gezielte Anregung von Leitartikeln verlegt werden. Diese seien von einem kleinen Kreis ausgesuchter deutscher Schriftleiter zu erstellen, den das Auswärtige Amt besonders zu informieren und zu betreuen hätte. Bei der Auswahl dieser Gruppe konnte Lohse aber bereits auf einschlägige Vorarbeiten zurückgreifen: „Ich schlage vor, den Kreis der hierfür heranzuziehenden Schriftleiter zunächst auf den Rahmen meiner Mittwochsrunde zu beschränken.“

Die Brisanz dieses Vorschlags wird deutlich, wenn man die zweite Aufzeichnung Lohses vom 13. Oktober 1941⁵⁵ über die „Papierfrage“ heranzieht. Nach längeren Ausführungen über die Papierknappheit, die dadurch notwendig gewordenen Kürzungen des Zeitungsinhalts und ihre negativen Folgen kommt Lohse zu dem Schluß,

⁵⁴ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 37, Aufzeichnung Lohse, 8. 10. 41.

⁵⁵ Ebenda, Aufzeichnung Lohse, 13. 10. 41.

„das bisher vertretene Prinzip einer mechanischen Gleichstellung aller deutscher Zeitungen [zu] verlassen und von der kriegswichtigen Wirkung und Schlagkraft der geistigen Kriegsführung der deutschen Zeitungen mit Auslandscho aus[zug]ehen“; also „12–15 Zeitungen auszuwählen, deren Bestand unter allen Umständen in wirkungsvoller Form [Anm.: nämlich durch Papiersonderzuteilungen] garantiert wird“.

Durch die Verbindung der „Papierfrage“ mit einer – auf der Basis der „Mittwochs-runde“ weiterzuentwickelnden – eher „leisen“ Informationspolitik sollte so ein kleiner Kreis von bevorzugten Zeitungen geschaffen werden, die in ihrer außenpolitischen Berichterstattung eine unangefochtene Elite bilden und der Pressepolitik des AA voll zur Verfügung stehen sollten. In seinem ersten Papier kommt Lohse dann auch zu dem Schluß, die „Neuausrichtung der Presse in Zusammenarbeit mit dem Propagandaministerium durchzuführen, erscheint weder zweckmäßig noch durchführbar“. Die „Durchsetzung einer neuen Pressepolitik“ müsse „allmählich und unauffällig anlaufen“; andernfalls, auch wenn der „Führer“ sich mit einer gesonderten Informierung einzelner Journalisten durch das AA einverstanden erklärte, „würde sich das Propagandaministerium sehr bald bemühen, in diesen Kreis seine eigenen Parolen hinein-zutragen“.

Ohne Einmischung des „Promi“ stellte sich Lohse diese Ausrichtung der ausgewählten Zeitungen in der Praxis so vor: „Die Themen würde ich den deutschen Schriftleitern je nach Eignung in gesonderten Zusammenkünften an die Hand geben, ihnen hierfür die notwendigen sachlichen Unterlagen beschaffen und etwa notwendige Unterredungen ... vermitteln. Es wird dabei wesentlich darauf ankommen, nur ein bis zwei Zeitungen zu dem gleichen Fragenkomplex Stellung nehmen zu lassen und die Vielfalt der Verarbeitungsmöglichkeiten der Parolen zu berücksichtigen. Die Parolen selbst werden als gedankliche Zusammenfassung einer Kommentierung in den Leitartikel, in die Glossen usw. hineingearbeitet sein.“ Für die Verwendung in der Auslandspresse werde sodann in der Abteilung „ein Auszug aus den Kommentaren“ angefertigt, indem „in geschickter Form die Parole als solche in den Mittelpunkt“ gerückt werde. Dieser Auszug gehe dann über die Agenturen und die eigenen Nachrichtenmittel des AA ins Ausland. Den weiteren Verbreitungsweg sah Lohse so: „Pflicht der Pressereferenten an den Deutschen Gesandtschaften wird es sein, nicht nur für die Zitierung der deutschen Pressestimmen, d.h. für die Unterbringung des hier angefertigten Auszuges Sorge zu tragen, sondern die Schriftleitungen der Auslandspresse zu bewegen, Eigenarbeiten zu veröffentlichen, zu denen der Auszug aus dem jeweiligen Kommentar einer deutschen Zeitung praktisch die Sprachregelung gibt. Die so entstehenden Eigenarbeiten der europäischen Auslandspresse werden über die deutschen Auslandsagenturen und die deutschen Missionen im Rückzitat übernommen und gehen als Bestätigung unserer Auffassungen wieder in die deutsche Presse über. Sie werden sodann vom Rundfunk und unseren Auslandsagenturen weiter in die Welt verbreitet. Auf diesem Wege wird es möglich sein, allmählich und unauffällig die Arbeit auf die gesamte deutsche Presse überzuleiten.“ Der so entstehende „Rundlauf, den eine hier ausgegebene Parole vom Leitartikel in der deutschen Presse über die ausländische Presse zurück in die gesamte deutsche Presse“ nehme, solle dann „mit allen Unterlagen“ dokumentiert werden, um sich die Möglichkeit offen zu halten, gegebenenfalls „an Hand dieser Unterlagen dem Führer von den Erfolgen einer aktivistischen Propaganda Kenntnis zu geben“.

Diese massive Kritik Lohses an der Presselenkung durch das Goebbels-Ressort, die in ihrer Deutlichkeit und Präzision als zeitgenössische Stellungnahme aus dem Propagandaapparat Seltenheitswert haben dürfte, erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Propaganda sich national wie international zunehmenden Schwierigkeiten gegenübersah. Die deutsche Presse wurde sehr stark von rein militärischen Meldungen beherrscht, die aber gerade im Herbst 1941 aufhörten, triumphale Erfolge zu berichten. Folgt man den Erinnerungen Schmidts⁵⁶, so machte sich gerade in diesem Zeitraum in den deutschen Zeitungsredaktionen angesichts wachsender Uniformität und zunehmender Einschränkungen des journalistischen Spielraums verstärkte Unlust breit. Als Folge habe die Presseabteilung (vor allem über die besonderen Kontakte Lohses) wachsende Kritik der deutschen Journalisten registriert, zum anderen habe sie anhand der Presseberichte ihrer Missionen die immer geringer werdende Wirksamkeit der deutschen Propaganda im Ausland feststellen müssen. Daraufhin habe man, so Schmidt, versucht, eine eigene Pressekonferenz auch für die deutsche Presse – neben der des Propagandaministeriums – ins Leben zu rufen, die den Journalisten über das starre Anweisungssystem des Goebbels-Ressorts hinaus größere Informationsmöglichkeiten hätte bieten sollen. Im Ansatz habe man diesen Versuch bereits mit der Einrichtung einer eigenen Wirtschaftspressekonferenz unternommen, die aber nach zweimonatiger Tätigkeit auf eine Intervention Goebbels' hin abgeschafft werden mußte. Über die Errichtung einer allgemeinen deutschen Pressekonferenz hätten bereits Gespräche mit Vertretern des Propagandaministeriums stattgefunden, die allerdings zu keinem Ergebnis geführt hätten. Daraufhin habe man sich auf eine Vorgehensweise verlegt, wie sie etwa in den beiden Aufzeichnungen seines ehemaligen Referenten zum Ausdruck kamen.

Die beiden Papiere wurden ganz bewußt an den Schluß dieser breitgefächerten, querschnittartigen Darstellung der Tätigkeit der Abteilung und der von ihr eingesetzten Instrumente und Methoden gerückt. Die in ihnen zum Ausdruck kommenden internen Überlegungen enthalten in komprimierter Form wesentliche charakteristische Elemente der Arbeit der Presseabteilung und drücken die in ihr vorherrschende, ganz auf die Bedingungen der nationalsozialistischen Bürokratie eingestellte Mentalität aus.

Aus den auf einem der Höhepunkte des Konflikts zwischen AA und Propagandaministerium angefertigten Papieren wird das Zusammenspiel der einzelnen Sparten der auswärtigen Pressepolitik und ihr intensiver Zusammenhang mit Fragen der innerdeutschen Presselenkung deutlich. Für die „Eroberermentalität“ der Abteilung ist es bezeichnend, daß aus der Notwendigkeit, jederzeit zitierbare Pressestimmen zur Verfügung zu haben, geradezu eine Instrumentalisierung der deutschen Presse und damit ein Führungsanspruch auf diesem Sektor abgeleitet wird. Wie dieser Anspruch, zunächst durch „unauffällige“ Kleinarbeit vorbereitet, letztlich durchgesetzt werden soll, ist auch schon angedeutet, indem die Person des „Führers“ ins Spiel gebracht wird. Diese Aufzeichnungen zeigen auch, daß sich die Methoden der Presseabteilung von dem relativ starren System der Presseanweisungen, wie es vom Propagandaministerium betrieben wurde, durch eine gewisse Differenzierung unterschied: Bei gleichem propagandistischem Grundton wollte man eine gewisse Variationsbreite in der

⁵⁶ Befragung Schmidt.

Presseberichterstattung. Für diese Haltung bezeichnend ist, daß nicht die großen inhaltlichen Leitlinien der Propaganda in Frage gestellt werden, sondern lediglich ihre taktische Handhabung.

Lohse selbst machte schließlich noch auf einen weiteren Aspekt seines Vorschlagskatalogs aufmerksam, der bei einer Beurteilung der Arbeit der Abteilung, insbesondere der von ihr ausgehenden großen Eigeninitiative, nicht zu gering veranschlagt werden darf: „Schließlich wollen wir nicht vergessen, daß gerade wir jüngeren Kräfte in der Presseabteilung unseren Verbleib in der Heimat nur dann zu rechtfertigen vermögen, wenn nicht auch wir noch nur vom Kampf reden, den letzten Endes doch die Presse führen soll und muß, sondern wir selbst eine große Aufgabe anpacken und etwas hinstellen, was diesen Krieg überdauert, das Niveau der deutschen Presse rettet und richtungsweisend sowohl für die Zukunft der deutschen Pressepolitik als auch die Wirksamkeit der deutschen Propaganda ist.“⁵⁷

⁵⁷ Wie Anm. 54.